



Langzeitbeobachtung zur politischen Kultur

Thüringen-Monitor 2015 wird am 26. November im Landtag diskutiert

Seit 15 Jahren führt die Uni Jena im Auftrag der Landesregierung eine Befragung zur politischen Kultur und zur persönlichen Lage der Thüringer durch. Der seitdem fast jedes Jahr publizierte Thüringen-Monitor ist eine einmalige soziologische Langzeit-Untersuchung zur Entwicklung eines Bundeslands in den Augen seiner Bürger. Er hat dabei kontinuierlich die Entwicklung rechtsextremer, insbesondere ethnozentristischer Einstellungen sowie das Vertrauen in demokratische Entscheidungsprozesse untersucht.

Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung lenkt der diesjährige Thüringen-Monitor den Fokus auf das Verhältnis der Befragten zur DDR 25 Jahre nach ihrem Ende, auf ihre persönliche Situation und ihre Einschätzungen zur Entwicklung Thüringens.

Aus der Studie geht hervor, dass die Thüringer zwar im Großen und Ganzen zufrieden mit der Entwicklung in den vergangenen 25 Jahren sind, eine Mehrheit aber die Einheit für noch nicht vollendet, sondern weiterhin einen Angleichungsprozess für notwendig hält. Aufgrund des Verlustes sozialer Sicherheiten und der Sehnsucht nach „gesellschaftlichem Zusammenhalt“ sympathisierten noch heute viele Menschen mit der damaligen DDR, heißt es in den Untersuchungsergebnissen. Bei großen Teilen der Bürger habe sich das Gefühl der Benachteiligung als Ostdeutsche verfestigt. Nach Prof. Dr. Heinrich Best vom Institut für Soziologie der Universität in Jena, dem wissenschaftlichen Leiter der Studie, ist ein solches Benachteiligungsgefühl gefährlich, da es Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen hat sowie eine ablehnende Haltung gegenüber Asylsuchenden verstärkt.

Der demographische Wandel holt das Land immer schneller ein. Der Thüringen-Monitor besagt, dass die Befragten der Zuwanderung durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen, solange ihre eigene Situation am Arbeitsmarkt nicht davon beeinträchtigt wird. „Im Hinblick auf Asylsuchende muss die Aufnahmebereitschaft allerdings noch geweckt werden“, so Prof. Best. Die Zuwanderung biete für Thüringen durchaus große Chancen – mit Blick auf den Mangel an Absolventen und Fachkräften.

Ministerpräsident Bodo Ramelow hält den Thüringen-Monitor für notwendiger denn je: „Wir werden dem Kabinett, dem Landtag und der Öffentlichkeit erneut ein profundes Zahlenwerk zu den politischen Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer und zu ihrer persönlichen Lage vorlegen. Wir sollten nicht den Fehler machen, jetzt vorschnelle Schlüsse zu ziehen. Der Thüringen-Monitor war immer dann am nützlichsten, wenn er nicht Anlass für erhobene Zeigefinger, sondern für ein empirisch fundiertes Nachdenken und Diskutieren über den weiteren Weg war. Wir haben am 9.

November in Erfurt gemeinsam gezeigt, dass die Mehrheit für ein weltoffenes Land mit einem menschlichen Gesicht steht. Thüringen befindet sich am Beginn des tiefgreifendsten Umbruchs seit der Wiedervereinigung. Das spüren die Bürgerinnen und Bürger. Die demokratischen Parteien sind in der Pflicht, den kommenden Wandel zu gestalten. Ein Land, das in 25 Jahren rund 450.000 Menschen verloren hat, muss nun erstmals seit der Wende mit wachsenden Bevölkerungszahlen und Zuwanderung umgehen. Ein Land, das 25 Jahre lang mit Bravour aus weniger gemacht hat, muss jetzt lernen zu wachsen. Daraus erwachsen neue Perspektiven und neue Politikanforderungen.“

Mit dem Monitor ist Thüringen das einzige Bundesland, das eine Langzeitbeobachtung der Entwicklung der politischen Kultur eines Bundeslandes durchführt. Seit dem Jahr 2000 wird die Umfrage mit Hilfe von Forschern der Friedrich-Schiller-Universität Jena erstellt. Anlass war damals ein antisemitischer Brandanschlag auf die Synagoge in Erfurt.

Der Thüringen-Monitor 2015 mit dem Titel „Thüringen im 25. Jahr der deutschen Einheit“ wird am 24. November im Kabinett sowie im Rahmen einer Regierungsmedienkonferenz vorgestellt und veröffentlicht. Am 26. November wird der Ministerpräsident des Freistaats Thüringen im Landtag eine Regierungserklärung abgeben.

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Rechtsextrem eingestuft

In Antwort auf meine Anfrage im Landtag bestätigte das Innenministerium, dass „Thügida“ und Ableger wie „Wir lieben Ostthüringen“ als rechtsextremistisch bewertet werden. Thügida wird seit dem Bestehen im März 2015 als rechtsextrem eingestuft, weil die Organisatoren und verbundene Strukturen in extrem rechten Parteien und Neonazi-Gruppen aktiv seien und eine „Vielzahl der Redner“ aus diesen stamme. Es würden Transparente und Fahnen der extremen Rechten bei den Demonstrationen mitgeführt, die Teilnehmer seien mit schwankenden Anteilen ebenfalls der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gebe es mehr rechtsextremistische Gruppierungen als noch vor einem Jahr. Neben der Partei der „Der Dritte Weg“ und der NPD versuche nun auch „Die Rechte“, in der Region Fuß zu fassen. Von Januar bis September wurden 62 rechtsextremistisch motivierte Straftaten gezählt, darunter 16 Gewalttaten. Nicht erfasst sind weitere Nazi-Schmierereien und rechte Übergriffe, die sich seit einer rassistischen Demonstration im Oktober ereigneten. Im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt gibt es laut Innenministerium außerdem „eine nicht bezifferbare Anzahl unorganisierter Rechtsextremisten sowie Sympathisanten, die der Szene als Mobilisierungspotential für Veranstaltungen zur Verfügung stehen“.

Doch auch das Aggressionspotential nimmt zu, so am 1. November als rund 400 Teilnehmer einer Neonazi-Demonstration in Rudolstadt mit Fackeln eine Flüchtlingsunterkunft mit Hetzparolen und der Forderung nach „Nationalen Sozialismus“ umrundeten. Am 4. November lobte die Thüringer NPD in einer offiziellen Mitteilung die Blockade einer Flüchtlingsunterkunft in Gotha, während „Der Dritte Weg“ regelmäßig Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte glorifiziert und die „Europäische Aktion Thüringen“ zum Barrikadenbau gegen Flüchtlinge aufruft.

Es ist bedauerlich, dass immer öfter zuständige Versammlungsbehörden Neonazi-Aufmärsche ohne entsprechende Auflagen durchwinkeln. Wenn Demonstrantinnen und Demonstranten gegen Neonazi-Aufmärsche kreativ werden, können auch Versammlungsbehörden im Rahmen des versammlungsrechtlich Zulässigen durchaus kreativ bei der Bearbeitung entsprechender Anmeldungen werden oder entsprechend enge Grenzen stecken.

AKTUELL

Freiheit und Brüderlichkeit mächtiger als Terror

Mit großer Bestürzung und Erschütterung hatte die Vorsitzende der Linksfraktion und Landespartei-vorsitzende Susanne Hennig-Wellsow auf die verheerenden Anschläge von Paris mit einer Erklärung am 14. November reagiert. „Unsere tiefe Trauer gilt allen Opfern, unser aufrichtiges Mitgefühl ihren Angehörigen und Freunden, unsere Gedenkwünsche den verletzten Menschen“, erklärte sie namens der Thüringer LINKEN. „Terror, Menschenverachtung, Hass und Intoleranz muss mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“ Zugleich warnte sie, „diese schrecklichen Terroranschläge dürfen nicht zum Anheizen von Feindbildern führen und zum Schüren rassistischer Stimmungen missbraucht werden“.

In Gedenken an die Opfer von Paris hatte am Mittag des 16. November auch in Thüringen das öffentliche Leben vielerorts für 60 Sekunden geruht. An einer Schweigeminute beteiligten sich auch Abgeordnete und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Linksfraktion vor den auf Halbmast wehenden Fahnen am Landtag. In der Thüringer Staatskanzlei liegt ein Kondolenzbuch aus. Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke), Landtagspräsident Christian Carius (CDU) und die Honorarkonsulin Frankreichs in Thüringen, Bärbel Grönegres, trugen sich als erste ein. Bodo Ramelow schrieb: „In tiefer Trauer verneige ich mich vor den Opfern der Terroranschläge von Paris. Unsere Gedanken sind in der festen Überzeugung bei den Hinterbliebenen und Angehörigen, dass das Bekenntnis für Freiheit,

Gleichheit und Brüderlichkeit mächtiger ist als jedweder Terror.“

Vor Beginn der Klausurtagung der Bundestagsfraktion DIE LINKE am 16. November in Bad Saarow hatte Fraktionsvorsitzender Dietmar Bartsch einen Stopp aller militärischen Aktionen in Syrien gefordert. Dieser Krieg habe den Islamischen Staat befördert. „Deswegen ist klar, dass diese Kriege ein Ende haben müssen und dass jegliches Nachdenken, auf militärische Art und Weise mit Bodentruppen oder Ähnlichem dort zu agieren, falsch ist.“

Dietmar Bartsch forderte zudem den Stopp aller Waffenlieferungen in die Krisengebiete. Diese Waffen landeten auch in den Händen des IS. Zudem müssten die finanziellen Mittel und die Nachschubwege gekappt werden.